

Albanienwahl auf dem Prüfstand

Von der Parlamentswahl in Albanien am 25. April hängt auch der weitere Verlauf der EU-Beitrittsverhandlungen ab.

Gastbeitrag

von Michael Lidauer
und Armin Rabitsch

Am 25. April finden in Albanien Parlamentswahlen statt, die weitgehend als Test für einen EU-Beitritt betrachtet werden. Kandidatenstatus hat Albanien bereits seit 2014. Im März 2020 wurde der Aufnahme konkreter Beitrittsverhandlungen zugestimmt, im Juli wurde den Mitgliedstaaten ein Verhandlungsrahmen dafür präsentiert.

Ein Faktor dabei ist die Durchführung von Wahlreformen. Der Europäische Rat beruft sich auf Empfehlungen der OSZE, die vollinhaltlich umgesetzt werden sollen. Weitere Beitrittskriterien beziehen sich auf Reformen im Justizsektor und Anti-Korruptionsmaßnahmen. Um den Prozess voranzubringen, haben sich die politischen Akteure im Juni 2020 auf Reformen geeinigt. Im Herbst hat die Regierung noch einmal Änderungen in der Wahlgesetzgebung vorgenommen, die allerdings als wenig konsultativ und zu hastig eingeführt kritisiert wurden.

Am Sonntag werden 140 VertreterInnen aus zwölf Regionalwahlkreisen für eine Legislaturperiode von vier Jahren gewählt. Premierminister Edi Rama stellt sich mit der Sozialistischen Partei (PS) zum dritten Mal zur Wahl und tritt ge-



Foto: adobe.stock / Denis Rozhnovsky

gen die Demokratische Partei (PD), die eine Koalition aus 13 Parteien führt, sowie die Sozialistische Bewegung für Integration (LSI) an. In Umfragen führt die PS, ihr Vorsprung ist aber geschrumpft.

Das politische Feld ist stark polarisiert. Nach dem Wahlsieg der PS im Jahr 2017 hat die Opposition mit 66 Abgeordneten das Parlament im Februar 2019 verlassen. Diese Sitze wurden durch die Wahlkommission nachnominiert; in der Folge gab es

eine inner- als auch eine außerparlamentarische Opposition. Bei den Lokalwahlen im Mai 2019 nahm die PD nicht teil, für 31 von 61 Bürgermeisterkandidaten gab es keine Herausforderer. Dies führte zu einem Erdrutschsieg der PS, das Vertrauen der Wähler in die politischen Prozesse sank jedoch weiter.

Stimmenkauf und Druck

Im laufenden Wahlkampf berichten WählerInnen von altbekannten Problemen wie Stimmenkauf und Druck seitens der Parteien als auch von einer anhaltenden Apathie, besonders unter der Jugend. In den harten verbalen Attacken im Wahlkampf, der vermehrt über soziale Medien stattfindet, gibt es Vorwürfe von Korruption und Verbindungen zu organisiertem Verbrechen gegenüber Mitbewerbern.

Zu den spät vor der Wahl eingeführten Reformen gehören eine Neustrukturierung der Zentralen Wahlkommission, die Einführung elektronischer Wähleridentifikation am Wahltag, Maßnahmen gegen den Missbrauch öffentlicher Mittel sowie Neuerungen im Be-

reich der Wahlkampffinanzierung, der Medienaufsicht und Mechanismen zur Schlichtung von Wahlrechtsstreitigkeiten.

Erstmals wurden auch Vorgesitzstimmen eingeführt. Bis vor wenigen Wochen gab es aber seitens der Administration noch kaum Maßnahmen, um diese Neuerung den Wählerinnen und Wählern näher zu bringen. Zum ersten Mal kommt im Wahllokal auch Technologie zu deren Erkennung mittels Fingerabdruck zur Anwendung, die als Sicherheitsvorkehrung gegen Wahlmissbrauch betrachtet wird. Auch die elektronische Stimmauszählung wird in einem Bezirk der Hauptstadt Tirana pilotiert. Erst der Wahltag wird zeigen, wie effektiv diese Neuerungen sind.

Albanien hat zwischen 2,8 und 2,9 Millionen Einwohner, im Wählerregister sind allerdings 3,5 Millionen Wähler registriert. Dies schließt die albanische Diaspora mit ein. Deren Beteiligung an der Wahl war in den Reformen von 2020 zwar vorgesehen, wurde aber nicht realisiert.

Hinzu kommen die Herausforderungen, die sich aus der Coronapandemie ergeben. Obgleich vom deutschen Robert-Koch-Institut seit Januar 2021 als Hochinzidenzgebiet gelistet, ist das allgemeine Bewusstsein für Vorsichtsmaßnahmen in Albanien relativ niedrig. Der Wahlkampfauftakt der Großparteien am 25. März hat Mindestregeln für öffentliche Zusammenkünfte berücksichtigt, Berichten zufolge finden Wahlkampfveranstaltungen allerdings auch ohne jegliche Vorsichtsmaßnahmen statt.

Der albanische Wahlrechtsrahmen sieht keine Alternativen zur Stimmgabe im Wahllokal am Wahltag vor. Das heißt, es gibt weder vorgezogene Wahltag, noch eine Briefwahl oder andere Methoden, auf die zur Durchführung der Wahl unter den Covid-19-Pandemie-Bedingungen zurückgegriffen werden könnte. Das Wahlrecht von Personen in Quarantäne wird dabei ignoriert.

Im Fokus der Wahlbeobachter

Der kommende Sonntag ist für den weiteren Weg Albaniens in die EU mitentscheidend. Die Verhandlungen werden aber nicht nur vom Wahltag, sondern von der Einschätzung des Gesamtprozesses bestimmt. In Albanien wurden acht zivilgesellschaftliche Organisationen zur Wahlbeobachtung registriert. Auch die OSZE/ODIHR beobachtet die Wahl, erste Eindrücke werden am Montag bekannt gegeben.

Wahlbeobachtung.org, eine unparteiliche, zivilgesellschaftliche Initiative zur Verbesserung österreichischer und europäischer Wahlprozesse, die von den Autoren gegründet wurde, führt in Albanien Projekte zur Bildung von Jungwählerinnen und -wählern durch. Sie wird dabei von der Robert Bosch Stiftung unterstützt. ■

Sie sind anderer Meinung?
Diskutieren Sie mit: Online unter
www.wienerzeitung.at/recht oder
unter recht@wienerzeitung.at

Zu den Autoren



Michael Lidauer forscht international zu Wahl- und Friedensprozessen und hat jüngst vor allem in Myanmar gearbeitet. Fotos: privat



Armin Rabitsch arbeitet als Wahlexperte für internationale Organisationen, unter anderem für die Vereinten Nationen, die OSZE und die EU.

Die Krise als Chance für eine Neuorientierung



Rechtlich über Österreichs Tellerrand hinaus

von Anton Fischer

Der Autor ist Rechtsanwalt in Österreich mit internationaler Erfahrung und in England & Wales zugelassener UK Solicitor. Neben seiner auf Gesellschafts-, Transaktionsrecht und Brexit spezialisierten Rechtsberatung ist der Gründer von FISCHER FLP Lehrbeauftragter an der University of Birmingham für Internationales Handelsrecht.

In meiner Eigenschaft als Lecturer der University of Birmingham wurde ich kürzlich gefragt, was ich den Studenten heutzutage mit auf den Weg geben würde. Intuitiv bediente ich mich eines Zitats des früheren britischen Premierministers Winston Churchill:

„Never let a good crisis go to waste.“ Was er meinte, ist einfach wie tiefgreifend: Dramatische Veränderungen bringen neue Erkenntnisse und decken Chancen auf.

Von dieser Lebensweisheit wurde seit Churchill immer wieder Gebrauch gemacht. Beispielsweise wurde das Zitat von Rahm Emanuel, dem damaligen Stabschef von Barack Obama und späteren Bürgermeister von Chicago, im Zusammenhang mit der Finanzkrise 2008 benutzt, um auf selbst mit Wirtschaftskrisen einhergehendes Potenzial hinzuweisen. Churchills Philosophie hat nach wie vor Gültigkeit. Waren es damals die Wirren des Welt-

kriegs, die Krise bedeuteten, ist es nun die Pandemie, die uns vor große Herausforderungen stellt. Viele fühlen sich in ihren Möglichkeiten massiv eingeschränkt und ihrer Perspektive beraubt. Dass die Krise jedoch auch eine großartige Chance zur Veränderung und Neuausrichtung in sich birgt, wird übersehen.

Dabei ist jetzt die Zeit, sich frei von Ablenkungen hinzusetzen und den weiteren Karriereweg zu planen.

Was dieser Beitrag mit meiner Kolumne „Rechtlich über Österreichs Tellerrand hinaus“ zu tun hat? Nun, ohne Krise gäbe es die Kolumne nicht. Dass Veränderungen Potenzial bedeuten, habe ich am eigenen Leib erfahren. Während sich zu Studienzeiten die meisten meiner Kollegen auf die

Laufbahn als Juristen in Österreich vorbereiteten, machte sich bei mir eine Sinnkrise breit. Der klassische Juristenberuf in Österreich war nichts für mich. Doch wie sollte ich den eingeschlagenen Weg beenden und das bestiegene Hamsterrad verlassen, wo doch alles seit

Dramatische Veränderungen bringen unweigerlich neue Erkenntnisse.

Jahren in eine bestimmte Richtung lief? Es war eine durch äußere Umstände erzwungene Schonzeit, die mich aus meiner Routine riss. Ich habe mich immer für die Welt interessiert. Die Entscheidung, ein postgraduales Studium in internationalem Recht im Ausland zu absolvieren, war hart, aber letztlich lohnend. Ich bekam die Möglichkeit, im Rahmen eines Praktikums Brüssel kennenzulernen und

dann nach Singapur zu ziehen. Geld hatte ich nie. Ich fand aber auch hier einen Weg, den Lebensunterhalt im Ausland durch Arbeit zu bestreiten.

Heutzutage gehört ein internationaler Abschluss neben dem Doktorat nicht nur zu den begehrtesten Zusatzqualifikationen, sondern ermöglicht vielfach erst die internationale Karriere. Nicht nur (fremd)sprachliche Gewandtheit, Anpassungsfähigkeit und Flexibilität, sondern vor allem die gesammelten Auslandserfahrungen sind es, die nach der Rückkehr neue Türen öffnen oder auf weitere Auslandsaufenthalte vorbereiten. Ich persönlich konnte dadurch neben der Anwaltschaft auch eine akademische Karriere einschlagen. Ohne Krise wäre das alles aber nicht möglich gewesen. Daher an alle Gebeutelten unter Ihnen: Die Krise ist da, ob wir wollen oder nicht. Sehen wir sie doch als erzwungene Pause zur Neuorientierung – vielleicht im Ausland?